



STRATEGIEPAPIER ZUR ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

Am 30. September 2016 hat die Flämische Regierung auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Geert Bourgeois, der auch für Außenpolitik zuständig ist, das Strategiepapier zur Zukunft der Europäischen Union genehmigt.

Ministerpräsident Geert Bourgeois: „Für die Flämische Regierung ist die EU der erste und wichtigste Hebel der flämischen Außenpolitik. Mit unserem Strategiepapier legen wir die Rolle fest, die die EU nach unserer Meinung bei der Bewältigung der großen aktuellen Herausforderungen für die europäische Gemeinschaft spielen soll, und in Bezug auf welche Politikbereiche die EU-Rechtsvorschriften einen Mehrwert für Flandern bieten.“

Die europäische Politik ist seit langem keine alleinige Frage der Außenpolitik mehr, sondern integraler Bestandteil der Innenpolitik. EU-Befugnisse wie Kohäsionspolitik, die gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik und die Politik in den Bereichen Energie, Klima, Transport, Wirtschaft, Innovation, Arbeit, Forschung, Handel und Investitionen beziehen sich auf unsere Befugnisse als Teilstaat. Aber auch die Zukunft der Europäischen Währungsunion, des Schengen-Raums und des Stabilitäts- und Wachstumspakts haben einen deutlichen Einfluss auf die Arbeit und den Haushalt der Flämischen Regierung.

Vertrauen stärken von der Basis aus

Die EU erlebt gegenwärtig einen wahren Vertrauensbruch. Auch bei den Flamen erheben sich Zweifel bezüglich der Europäischen Union. Nach dem Ergebnis des Brexit-Referendums drängt sich ein Kurswechsel für die EU auf.

Geert Bourgeois: „Diese Zukunftsdebatte betrachte ich als Chance für die EU, über sich selbst nachzudenken. An erster Stelle müssen wir nicht über einen institutionellen Big Bang, Vertragsänderungen oder eine sterile Debatte über „mehr“ oder „weniger“ Europa nachdenken. Es geht vor allem um ein besseres Europa. Ein Europa, das Ergebnisse erzielt, Bürger begeistert und Perspektiven bietet.“

Mit dem EU-Strategiepapier trifft die Flämische Regierung eine deutliche politische Entscheidung, um diese Reform von der Basis aus zu steuern.

Geert Bourgeois: „Die Bürger müssen mehr beteiligt werden und ihre Erwartungen, Kritiken, Ängste und Hoffnungen müssen mehr beachtet werden. Die EU muss auch in der politischen Debatte auf allen Ebenen zur Sprache kommen. Schließlich muss die Entwicklung einer EU-Bürgerschaft vorangetrieben werden, die auf gemeinsamen europäischen Werten basiert.“

Flämische Kerninteressen

Die EU bietet Flandern einen großen Mehrwert. Der Binnenmarkt hat Flandern Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze gebracht. Als offene Wirtschaft hat Flandern einen immensen Absatzmarkt: 2015 waren fast 70 % des flämischen Exports für EU-Mitgliedstaaten bestimmt. Mit der gemeinsamen Handels- und Sicherheitspolitik schafft die EU auch außerhalb Europas größere Absatzmärkte für flämische Produkte. Dank unserer strategischen Lage („Gateway to Europe“) fungiert Flandern als logistische Drehscheibe. Durch den freien Personenverkehr haben die Flamen ihrerseits viele Möglichkeiten, in einen anderen Mitgliedstaat zu reisen oder dort zu studieren bzw. zu arbeiten.

In ihrem Strategiepapier gibt die Flämische Regierung zehn Kerninteressen für die EU an:

- (1) **Sicherung und weltweite Vermittlung unserer gemeinsamen Grundwerte, Grundnormen und Grundfreiheiten.** Flandern ist ein offener und dynamischer Teilstaat, der auf Europa und die Welt ausgerichtet ist. Deshalb plädiert die Flämische Regierung für eine Pflicht zur Integration, auch für EU-Bürger, die dauerhaft in einem anderen Mitgliedstaat wohnen wollen.
- (2) **Stärkung des Schengen-Raums mit gut funktionierenden Außengrenzkontrollen.** Dies muss den freien Warenverkehr garantieren, der wesentlich für den Wirtschaftsaustausch ist. Dabei spielt auch eine tatkräftige, aber humane Rückkehrpolitik eine ausschlaggebende Rolle: Wir können nur dann die Innentüren öffnen, wenn wir wieder die Außentüren kontrollieren.
- (3) **Gezielte Unterstützung sozialwirtschaftlicher Reformen in den Mitglied- und Teilstaaten.** An erster Stelle ist es aber die Aufgabe der Mitgliedstaaten, die erforderlichen sozialwirtschaftlichen Reformen durchzuführen, die Schulden abzubauen und ein funktionierendes Verfahren anzuwenden, um einen ausgewogenen Haushalt zu garantieren. Das Europäische Semester und die verstärkte Haushaltsaufsicht durch die Union müssen die Mitgliedstaaten dazu auch in Zukunft weiterhin anspornen.
- (4) **Schaffung eines erneuerten Investitionsrahmens, der den Stabilitäts- und Wachstumspakt respektiert.** Die Flämische Regierung plädiert auf europäischem Niveau für einen erneuerten Haushaltsvereinbarungsrahmen, der Haushaltsdisziplin respektiert und mit erforderlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kombiniert, und der es ermöglicht, diese Investitionen in buchhalterischer Hinsicht über einen längeren Zeitraum zu staffeln.

- (5) **Sozialpolitik, insbesondere das Vorgehen gegen Sozialdumping und Steuershopping.** In der gesamten Union muss am gleichen Arbeitsplatz der Grundsatz „Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“ gelten. Europäische Entsendungsregeln müssen angepasst werden, sodass entsendete europäische Arbeitnehmer zu den gleichen Arbeits- und Lohnbedingungen wie im Mitgliedstaat der Leistungserbringung arbeiten. Die Flämische Regierung möchte auch dem steuerlichen „Shopping“, d. h. der Steuerhinterziehung, zwischen den Mitgliedstaaten einen Riegel vorschieben.
- (6) **Vertiefung der Europäischen Währungsunion, wobei die Vervollständigung der Bankenunion als erste Priorität gilt.** Diesbezüglich ist ausschlaggebend, dass jeder Mitgliedstaat seine Verantwortung übernimmt und seine Angelegenheiten in haushaltstechnischer, wirtschaftlicher und bankenspezifischer Hinsicht in Ordnung bringt.
- (7) **Vertiefung des Binnenmarkts mit einer Energie-, Transport- und Digitalunion.** Ein Einheitsmarkt muss zu einer Kostensenkung und Optimierung im Energie-, Transport- und digitalen Produktbereich führen. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (Junckerplan) muss sich mehr auf die Förderung riskanter Investitionen und grenzüberschreitender Infrastruktur im Energie-, Transport- und digitalen Produktbereich in Europa konzentrieren.
- (8) **Schaffung eines Durchbruchs für die strategisch wichtigsten Handelsabkommen mit einem State-of-the-Art Investitionsschutz.** Dies muss unsere KMU maximal in die Lage zur Internationalisierung versetzen und Unternehmen vor unlauteren Handelspraktiken schützen. Die neuen Handelsabkommen müssen weltweit sozialverträgliches Unternehmen fördern und dürfen die hohen Qualitätsanforderungen nicht beeinträchtigen, die in der Union hinsichtlich Arbeitsbedingungen, Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Bildungswesen anwendbar sind. In Zukunft müssen Handels- und Investitionsabkommen separat ausgehandelt werden. Handelsabkommen müssen als exklusive Befugnis der EU behandelt werden, während Investitionsabkommen gemischte Befugnisse sind, die die Mitglied- und Teilstaaten genehmigen müssen. Investitionsabkommen können derart beschränkt werden, dass es den Mitglied- oder Teilstaaten möglich ist, ihnen zuzustimmen.
- (9) **Ehrgeizige und effiziente Nachhaltigkeitspolitik und Ausbau des Europäischen Forschungsraums mit Forschungsprogrammen, die auf die Wissensökonomie und kohlenstoffarme Wirtschaft von morgen ausgerichtet sind, wobei das Klimaabkommen von Paris auf loyale Art und Weise durchgeführt wird.** Investitionen in Forschung und Innovation müssen bedeutend zunehmen. Die Union muss ein Hebel für grenzüberschreitende Kooperation und intelligente Spezialisierung sein. Gleichzeitig müssen Universitäten, Wissenszentren, Unternehmen und Behörden besser miteinander verbunden werden. Daneben muss die EU die Marktintegration im Markt der erneuerbaren Energie, die Förderung der Energieeffizienz wie auch die Entwicklung und den Ausbau von Lagertechnologien vorantreiben. Diese Ziele können mit einem ehrgeizigen EU-Forschungsprogramm erzielt werden, das bedingungslos darauf abzielt. Industrie 4.0 muss durch ein innovatives und industriefreundliches Klima mit deutlichen und realistischen Benchmarks und mittels eines robusten „Carbon Leakage“-Systems unterstützt werden, das die Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt der Industriestrukturen energieintensiver Wirtschaften in der EU garantiert.

(10) **Eine tatkräftige Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere in der europäischen Nachbarschaftsregion.** Die Union muss ein Faktor von Frieden und Stabilität in der Welt sein, ein globaler Akteur. Eine aktive europäische Außenpolitik beinhaltet, dass die Union eine Führungsrolle bei der Konfliktverhütung übernimmt. Diplomatie muss durch eine glaubwürdige Verteidigung und militärische Schlagkraft unterstützt werden. Deshalb muss auch die gemeinsame Verteidigungspolitik dringend neue Impulse erhalten und auf EU-Ebene besser koordiniert werden. Das Gleiche gilt auch für die Beschaffungspolitik. Es muss ein operatives Hauptquartier geschaffen und EU-Gefechtsverbände („Battle Groups“) müssen aktiviert werden, was langfristig zum Ausbau einer europäischen Verteidigungsmacht führen soll, nötigenfalls zuerst durch eine verstärkte Kooperation einer beschränkten Anzahl von Mitgliedstaaten. All dies muss in enger Rücksprache und Koordination mit der NATO erfolgen.

Eine effizientere, engagiertere und schlagkräftigere Union mit deutlichen Grenzen

Um ihre Legitimität zu wahren, muss die EU von der Basis aus aufgebaut werden. Die EU muss die Nähe zu den EU-Bürgern suchen und den Mehrwert des Auftretens der EU stets deutlich machen. Die Grundsätze der Subsidiarität, Proportionalität, Verantwortlichkeit und Solidarität müssen dabei als Orientierungsrahmen dienen, vor allem bei geteilten Befugnissen.

Die EU muss auch den mehrschichtigen Governance-Kontext mehr beachten. Während des gesamten Politikzyklus muss die EU aktiv und strukturell Teilstaaten und Regionen mit legislativen Befugnissen an den Politikbereichen beteiligen, für die sie zuständig sind.

Um das Engagement und die Schlagkraft zu erhöhen, plädiert die Flämische Regierung deshalb unter anderem für folgende institutionelle Reformen:

- Das Europaparlament und der Rat müssen, neben der Europäischen Kommission, legislatives Initiativrecht hinsichtlich geteilter Befugnisse erhalten.
- Achtundzwanzig Kommissare oder mehr sind nicht länger tragbar. Die Beneluxstaaten müssen stets einen Kommissar bestimmen können, wobei ein Turnusverfahren angewandt wird, das diese Staaten im gegenseitigen Einvernehmen festlegen können. Auch die Mitgliedszahl des Europäischen Rechnungshofes kann auf maximal zwölf Mitglieder herabgesetzt werden.
- Ein einziger Sitz für das Europaparlament, in Brüssel.
- Um die Beteiligung der einzelstaatlichen und Teilstaatparlamente zu erhöhen, wird ein System mit grünen Karten ausgearbeitet. Wenn ein Drittel der Parlamente der Mitgliedstaaten und Teilstaaten mit legislativen Befugnissen eine grüne Karte zieht, wird die Europäische Kommission verpflichtet, den Vorschlag zur EU-Aktion in einem bestimmten Politikbereich zu überprüfen und gegebenenfalls einen Vorschlag zu erarbeiten. Wenn die Kommission entscheidet, dies nicht zu tun, muss sie begründen, weshalb sie nicht tätig wird.
- Die EU braucht bessere, transparente und mehr durchsetzbare Rechtsvorschriften mit einer Reduktionsvorgabe bezüglich Richtlinien und Verordnungen für die Europäische Kommission.

Die Flämische Regierung ist auch nicht der Ansicht, dass die EU gegenwärtig erweitert werden soll. Der Fokus soll an erster Stelle auf Vertiefung und Reformen liegen. Die Erweiterungen 2004, 2007 und 2013 haben gezeigt, dass die Aufnahmekapazität deutlich definiert werden muss.

Aber Teilstaaten von Mitgliedstaaten, die auf gesetzliche und demokratische Art und Weise unabhängig werden, sollen mittels eines vereinfachten Beitrittsverfahrens zur EU beitreten können. Diese Teilstaaten wenden das Unionsrecht bereits an und ihre Bürger sind EU-Bürger.

Ministerpräsident Geert Bourgeois beschließt: „Wir tun schon sehr viel, um die direkte Bindung zwischen Flandern und der EU zu festigen und um unsere Stimme auf europäischer Ebene mittels unserer diplomatischen Vertretung und unserer Präsenz in europäischen Räten hören zu lassen. In Kombination mit der Gründung eines vollwertigen flämischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten macht Flandern sehr deutlich, dass es mit diesem Strategiepapier ein proaktiver Teilnehmer an der Debatte auf EU-Ebene über die Zukunft der Union ist.“